

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

Die Friedliche Revolution in der DDR war im Oktober 1989 in vollem Gange. Während tausende von Menschen auf den Straßen ihre Forderungen vortrugen, beobachtete die Stasi die Vorgänge ganz genau und berichtete darüber an das Politbüro der SED

Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Berichtes mobilisierten die verschiedenen oppositionellen Gruppen in der DDR innerhalb einer Woche über eine halbe Millionen Menschen. Mit ihren öffentlich geäußerten Forderungen sprachen sie für die Mehrheit der Bevölkerung. Diese war nicht mehr daran interessiert, mit der SED in Dialog zu treten, sondern wollte ihre eigenen Vorstellungen verwirklichen. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS informierte das Politbüro mit seinen "Informationen" über die aktuellen Entwicklungen.

In der Information 485/89 geht es vor allem um interne Diskussionen in den einzelnen Vereinigungen, um deren Bestrebungen, DDR-Bürger sowie das westliche Ausland über ihre Ziele zu informieren und um die zahlreichen Demonstrationen im ganzen Land. Der Fokus des Berichtes liegt allerdings auf der Gründung der Vereinigung Demokratischer Aufbruch (DA). Neben einigen Details zur Gründung hat auch das Statut des DA Eingang in die Stasi-Unterlagen gefunden und ist im Anhang des Dokumentes zu finden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 153-169

Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 30.10.1989
und Informationsgruppe

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

Eilt!

Verteilervorschlag zur Information Nr.
485/89
vom 30. 19. 89

BSTU
090153

1. Gen. Krenz
2. Gen. Stoph
3. Gen. Axen
4. Gen. Böhme
5. Gen. Dohlus
6. Gen. Eberlein
7. Gen. Hager
8. Gen. Jarowinsky
9. Gen. Keßler
10. Gen. Kleiber
11. Gen. Krolikowski, W.
12. Gen. Lorenz
13. Gen. Mückenberger
14. Gen. Neumann
15. Gen. Schabowski
16. Gen. Sindermann
17. Gen. Tisch
18. Genn. Lange
19. Gen. Müller
20. Genn. Müller
21. Gen. Schürer
22. Gen. Walde
23. Gen. Dickel
24. Gen. Herger
25. Gen. Sorgenicht
26. Gen. Minister
27. Gen. Carlsohn
28. Gen. Mittag
29. Gen. Großmann
30. Gen. Neiber
31. Gen. Schwanitz
32. HA II, Leiter
33. HA IX, Leiter
34. HA XX, Leiter
35. HA XX/AKG, Leiter
36. HA XX/4, Leiter
37. Gen. Irmner *vern.*
38. - 52. alle BV, Leiter

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

Information erhalten auch alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die Genossen Dickel, Herger und Sorgenicht

7.11.89
1.151

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *hrc*

BStU
000154

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den

30. 10. 89

12 Blatt
15 Blatt Anlagen
1 Exemplar

Nr. 485 / 89

INFORMATION

über

das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit
im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme

Nach dem MfS aus allen Bezirken vorliegenden Hinweisen setzte sich der Prozeß der DDR-weiten Formierung der bekannten Sammlungsbewegungen im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 unvermindert fort und durchdringt zwischenzeitlich - vor allem das "Neue Forum" betreffend - ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft.

1. Das "Neue Forum" findet eine breite und weiter anhaltende Resonanz unter der Bevölkerung und wird vielerorts bereits als real existierende und wirkende gesellschaftliche Kraft bewertet. Im Rahmen der anhaltenden Unterschriftensammlungen in Kirchen, zunehmend in volkseigenen Betrieben, im Gesundheits- und Hochschulwesen, in Forschungs- und kulturellen Einrichtungen bis hin in den Bereichen des genossenschaftlichen und privaten Handwerks bekunden Bürger ihre Zustimmung und Sympathie mit dem "Neuen Forum", dessen Zielen und Inhalten und identifizieren sich damit. Im Namen des "Neuen Forums" auftretende Personen sind fest in den Prozeß des

233 472 5.0

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 153-169

Blatt 154

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



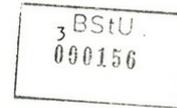
begonnenen gesellschaftlichen Dialogs integriert, nehmen Führungspositionen und die Rolle von Sprechern in den der Partei und dem Staatsapparat gegenüberstehenden sogen. Bürgergruppen/Delegationen ein. Vorliegenden Hinweisen zufolge wirken diese Kräfte vor allem auch in den gebildeten thematischen Arbeitsgruppen des "Neuen Forums" auf die konzeptionelle inhaltliche und organisatorische Ausrichtung des Dialogs.

Erkennbar ist die Tendenz, neben den öffentlichen Demonstrationen und den organisierten Dialogveranstaltungen in Belegschafts-, Gewerkschafts- und Studentenversammlungen, durch eine weiter anwachsende Eingabentätigkeit an zentrale und territoriale Partei- und Staatsorgane, durch sogen. Offene Briefe und Erklärungen, durch Gestaltung von Wandzeitungen in Betrieben und Einrichtungen für die staatliche Zulassung des "Neuen Forums" zu votieren. Festgehalten wird an der Absicht, im Zusammenhang mit der weiteren Konstituierung auf unterer Ebene (Kreise, Städte) Zulassungsanträge zu stellen, z. T. unter Verwendung anderer Bezeichnungen (Neubrandenburg - "Bürgerbewegung sozialistische Erneuerung"). Über die Bildung territorialer Sprecheräte des "Neuen Forums" auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene soll auf die Herausbildung eines auf Delegierungsbasis funktionierenden zentralen Leitungskreises hingewirkt werden.

Nach vorliegenden Hinweisen vertritt eine Reihe von Führungskräften des "Neuen Forums" realistische, jedoch durch Widersprüchlichkeit geprägte Positionen. So äußerte die BOHLEY, grundsätzlich sei die führende Rolle der SED nicht abzulehnen; sie müsse lediglich so gestaltet werden, daß sie erkennbar und sichtbar erlebbar sei und allen diene. Zur Stellung des "Neuen Forums" vertrat sie den Standpunkt, daß es sich auflösen würde, wenn in der DDR eine Wende und Entwicklung eintrete, die den Auffassungen der Sympathisanten des "Neuen Forums" entsprechen. Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit würden vorhandene Parteien und Organisationen bieten.

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Im internen Kreis der Führungskräfte des "Neuen Forums" wird als politische Hauptfrage jedoch nach wie vor die Zulassung einer die Partei- und Staatsführung kontrollierenden politischen Opposition angesehen. Mit diesem Ziel streben u. a. die BOHLEY, Prof. REICH und PFLUGBEIL eine Taktik der zwei Richtungen an: Zum einen sollen Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeit (ohne Gewalt) organisiert bzw. mitgestaltet werden; zum anderen wolle man dazu übergehen, die inhaltliche Arbeit mit einem ausgewählten Kaderstamm konspirativ in kleinen Gruppen durchzuführen. Ergebnisse dieser Arbeit sollen dann in die öffentlichen Veranstaltungen einfließen. Unverkennbar ist aber auch, daß eine Reihe maßgeblicher Kräfte des "Neuen Forums", vor allem in den unteren Ebenen, als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen auftritt.

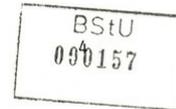
Die undifferenzierte Unterbindung des Einflusses des "Neuen Forums" und von dieser Sammlungsbewegung ausgehender Aktivitäten würden mit erheblichen Auswirkungen des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs verbunden sein und nicht zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitragen.

2. Am 29. Oktober 1989 fand im Evangelischen Diakoniewerk "Königin Elisabeth"/Berlin-Lichtenberg die sog. Gründungsveranstaltung der antisozialistischen Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch" statt, an der ca. 200 Personen, darunter die Pfarrer EPELMANN/Berlin, HÜLSEMANN/Berlin, PAHNKE/Borgsdorf und RICHTER/Weimar sowie Rechtsanwalt SCHNUR/Rostock teilnahmen.

In einer Grundsatzrede erläuterte Pfarrer RICHTER die wesentlichsten Inhalte der sogenannten programmatischen Erklärung vom 2. Oktober 1989 (Trennung von Staat und Parteien, Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und freier Willensbildung, Trennung von Staat und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Kontrolle des Staates, Zusammenspiel von Plan und Markt, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft).

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Er betonte, daß der "Demokratische Aufbruch" eine politische Vereinigung sei, die sich zur Partei entwickeln und im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze handeln wolle.

Als Ziel nannte er den "demokratischen Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung".

Im Anschluß daran wurden in einer teilweise kontrovers geführten Diskussion die Standpunkte zu den vorliegenden Materialien (siehe Anlage 1) ausgetauscht.

Insbesondere die Pfarrer EPELMANN und RICHTER sowie der Soziologe NEUBERT forderten die Aufhebung der führenden Rolle der SED in der Gesellschaft. Weitere Teilnehmer sprachen sich für die Entwicklung eines Gesellschaftskonzepts nach schwedischem Muster aus. Dagegen sprachen sich Pfarrer SCHORLEMMER/Wittenberg und Rechtsanwalt SCHNUR gegen einen Konflikt mit der SED und dem sozialistischen Staat aus. Ihren Auffassungen zufolge sollten jetzt keine Debatten über politische Fehlentscheidungen der SED geführt werden.

Nach Abschluß der Diskussion wurde festgelegt, die vorliegenden Materialien bis zum 31. Dezember 1989 in den Bezirksorganisationen weiter zu diskutieren. Eine noch zu bildende Programmkommission soll die Überarbeitung vornehmen.

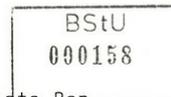
Von den 161 anwesenden stimmberechtigten Personen stimmten 140 Personen für die Bildung einer politischen Partei bis zum 1. Mai 1990. Dabei soll die gegenwärtige politische Entwicklung in der DDR, insbesondere die Führungsschwäche der SED, zielgerichtet ausgenutzt werden.

Die Mehrheit der Delegierten sprach sich mit Blick auf die beabsichtigte Parteigründung dafür aus, zum Vorsitzenden des "Demokratischen Aufbruchs" eine Person zu wählen, die in der Lage ist, "mit demokratischen Kräften in der DDR umzugehen".

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5



Im Ergebnis der Wahl entschieden sich 108 stimmberechtigte Personen für Rechtsanwalt SCHNUR zum Vorsitzenden des "Demokratischen Aufbruchs". (Pfarrer EPELMANN erhielt ■■■ und Pfarrer RICHTER ■■■ Stimmen.)

Des Weiteren wurden in den Vorstand gewählt: KÜGLER, Brigitta/Jena (Rechtsanwältin), EPELMANN, Rainer/Berlin (Pfarrer), RICHTER, Edelberd/Weimar (Dozent), WIRZEWSKI, Herbert/Milmersdorf (Schlosser), Dr. EBELING, Fred/Hennigsdorf (Ingenieur), PAHNKE, Rudi/Borgsdorf (Pfarrer), NEUBERT, Erhardt/Berlin (Soziologe), ZILLER, Christiane/Berlin (Musikdramaturgin) und Nooke, Günter/Forst (Physiker).

Entsprechende Festlegungen über die Funktionsverteilung sollen auf im November 1989 stattfindenden Vorstandssitzungen erfolgen.

Eine erste Delegiertenversammlung ist für den 16. Dezember 1989 in Leipzig vorgesehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Vorstand Gespräche mit weiteren Sammlungsbewegungen führen, um Vorstellungen für ein koordiniertes Vorgehen zu erörtern.

Darüber hinaus soll sich der Vorstand mit einem auf der Zusammenkunft mündlich unterbreiteten Vorschlag befassen, der Vorstellungen enthält, was in der DDR-Gesellschaft erhalten bleiben soll (u. a. keine Gefährdung der Existenz der DDR, keine Entmachtung der SED, keine Wiedervereinigung mit der BRD; Bewahrung dessen, was der Gesellschaft und den Menschen nutzt).

Dem Vorstand wurde außerdem ein Maßnahmenplan übergeben, der u. a. folgende Aufgaben beinhaltet:

- Schaffung eines legalen Informationsblattes,

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



- Beteiligung an der geplanten Demonstration am 4. 11. 1989 in Berlin und Stellen von Ordnungskräften,
- Erarbeitung eines Aufrufs, um profilierte Persönlichkeiten für den "Demokratischen Aufbruch" zur Mitarbeit zu gewinnen,
- Einrichtung eines Sekretariates,
- Schaffung eines Begegnungs- bzw. Kommunikationszentrums.

Die Gründungsveranstaltung wurde mittels Videotechnik aufgezeichnet. Diese Aufnahmen sollen dem ZDF-Korrespondenten SCHMITZ durch Pfarrer EPPELMANN übergeben werden.

Über die Zusammenkunft wurde eine Presseerklärung verfaßt, die an zentrale Medien in der DDR und der UdSSR (TASS) sowie an in der DDR akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien übergeben wird.

Wie weiter intern bekannt wurde, plant die antisozialistische Sammlungsbewegung "Böhlener Plattform/Vereinigte Linke in der DDR" die Durchführung einer Konferenz im Zeitraum vom 24. bis 26. November 1989, auf der programmatische Dokumente erörtert werden sollen.

3. Erkennbar sind ernstzunehmende Bestrebungen der bekannten Sammlungsbewegungen, eigene Informationsmaterialien mit Zeitungscharakter ohne Genehmigung herauszugeben. So plant das "Neue Forum" die Herausgabe einer in Abständen von 14 Tagen erscheinenden "Zeitung" (Format A 4, ca. 10 Seiten, Auflagenhöhe um 5 000 Exemplare), deren erste Ausgabe am 11. November 1989 im Zusammenhang mit dem 2. zentralen Treffen von Führungskräften des "Neuen Forums" erscheinen soll. Bekannt wurde darüber hinaus die Verbreitung einer sogen. Sonderausgabe Bezirksinformationsblatt Magdeburg des "Neuen Forums" vom 23. Oktober 1989 (vergl. Anlage 2), deren Original in Räumen der Evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen hergestellt

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



und dessen Vervielfältigung durch mißbräuchliche Nutzung von betrieblicher und gesellschaftlicher Technik und Materialien erfolgte. Durch Kräfte des "Initiativkreises" Berlin der antisozialistischen Sammlungsbewegung "Demokratie jetzt" wurden bereits zwei Ausgaben eines Informationsblattes (Format A 4, 2 Seiten) mit der Bezeichnung "DEMOKRATIE JETZT - Zeitung der Bürgerbewegung" gefertigt und verbreitet, in dem politische Positionen dargestellt, Formen der Mitarbeit propagiert und Termine von geplanten Aktivitäten bekanntgegeben werden.

4. Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen verstärken sich Versuche von Mitgliedern antisozialistischer Sammlungsbewegungen, sowohl im westlichen Ausland als auch in den östlichen Nachbarstaaten im Sinne der Propägierung ihrer Ziele aufzutreten und dafür die internationale Öffentlichkeit zu gewinnen. Ausdruck dafür sind z. B. das bekannte Auftreten des Pfarrers REICHE (sogen. Sprecher der "SDP") in der BRD und insbesondere dessen Kontaktgespräche mit der SPD, aber auch die Teilnahme des Michael GÖBEL (ehemaliger Philosophiestudent an der Humboldt-Universität zu Berlin) als Vertreter des "Neuen Forums" an der II. Landesversammlung des Ungarischen Demokratischen Forums.

GÖBEL übermittelte dort ein Grußwort und wies gegenüber Journalisten darauf hin, daß am 11. November 1989 in der Hauptstadt Berlin eine 2. Landesberatung des Koordinierungsrates "Neues Forum" stattfinden solle. Im Rahmen eines "Gespräches mit Erstunterzeichnern des Neuen Forums" in der Christusgemeinde in Berlin-Köpenick am 26. Oktober 1989 wertete GÖBEL seine Teilnahme an der o. g. Veranstaltung in Budapest aus.

Auch die Möglichkeiten, mit in der DDR aufhältigen politischen Kräften des Auslandes Kontakt aufzunehmen, werden wie in der Vergangenheit genutzt. So fand am 29. Oktober 1989 in der Atelierwohnung der BOHLEY ein Treffen von Kräften u. a. des "Neuen Forums" (BOHLEY, REICH, Ehepaar SEIDEL) und der "SDP" (BÖHME) mit dem Regierenden Bürgermeister

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

8BStU 000161

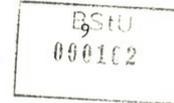
von Berlin (West), MOMPER, und Personen seiner Begleitung statt. Die BOHLEY äußerte gesprächsweise, daß die Opposition den begonnenen Prozeß in der DDR auf dem Boden der Verfassung voranbringen und "nichts antasten" wolle, während BÖHME unterstrich, daß der Machtanspruch der SED derzeit nicht in Frage zu stellen sei. Weiter sprach man sich für freie und offene demokratische Strukturen aus, in die die neu gebildeten Gruppen ihre Wertvorstellungen einbringen könnten.

MOMPER äußerte, es gebe gegenwärtig keine Kraft, die die SED ablösen könnte. Demzufolge stehe der Artikel 1 der Verfassung der DDR nicht zur Disposition; wäre die SED bereit, die Macht zu teilen, würde sie sich als kommunistische Partei aufgeben. Auf das Problem der Wiedervereinigung eingehend, erklärte MOMPER, daß die Belebung dieses Gedankens durch die BRD "eine der größten Heucheleien" darstelle. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR bezeichnete er als komplizierte Frage: Es sei relativ einfach, das nur noch symbolischen Charakter aufweisende Grundgesetz zu ändern; unvertretbar wäre es aber, den in die BRD kommenden DDR-Bürgern den Status von Asylbewerbern zuzuweisen. Deshalb bezweifle er, bei einer möglichen Abstimmung im Bundestag der BRD eine Stimmenmehrheit für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft zu erlangen. MOMPER wies ferner darauf hin, daß angesichts der hohen Zahl der Ausreisen von DDR-Bürgern über die CSSR, Polen und Ungarn die "Mauer" ihre Funktion verloren hätte. Die Fortschritte in der Meinungs- und Medienpolitik in der DDR schätzte er als positiv ein. Wesentliche Gesprächsinhalte waren weiter notwendige Reformen in der Volkswirtschaft der DDR - plädiert wurde auf gemeinsame Wirtschaftsprojekte - und Spekulationen hinsichtlich der zu erwartenden Reisetätigkeit von DDR-Bürgern. Festlegungen über weiterführende Gespräche wurden nicht getroffen.

5. In Weiterführung von Aktivitäten gegnerischer Kräfte zur Unterstützung antisozialistischer Sammlungsbewegungen in der DDR wurde am 19. Oktober 1989 in Westberlin im Rahmen einer Zusammenkunft von ca. 70 Personen, darunter eine Reihe ehemaliger DDR-Bürger,

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



eine sogen. Initiative Demokratisches Forum West geschaffen. Als Ziel dieser Initiative werden u. a. die Förderung eines die entstehenden Reformprozesse in der DDR unterstützenden geistig-politischen Klimas vorgegeben. Gleichzeitig werden Forderungen an die DDR nach "freien Transitstrecken", ungehinderten Besuchsmöglichkeiten und Garantierung der ständigen Rückkehr für alle ehemaligen DDR-Bürger erhoben (Text des "Gründungsaufrufes" als Anlage 3). Organisatoren dieser "Initiative" sind u. a. die wegen ihrer politisch-negativen Haltung gegen die DDR bekannten ehemaligen DDR-Bürger Guntolf HERZBERG (zum früheren Kreis um HERZBERG gehörte u. a. Professor REICH/"Neues Forum"), Freya KLIER (Ehefrau von KRAWCZYK) und die sich zeitweilig in der BRD aufhaltende Regina (Lotte) TEMPLIN sowie Mitglieder der Alternativen Liste/Westberlin. Nach vorliegenden Hinweisen wolle man die Arbeit in thematischen Gruppen unter der Bezeichnung "Praktische Solidarität", "Forderungen ehemaliger DDR-Bürger" und "Neues Denken" organisieren. Durch den HERZBERG wurde eine massive Unterstützung insbesondere des "Neuen Forums" und die Versorgung der "Bewegungen" in der DDR mit Druck- und Vervielfältigungstechnik sowie politischer Literatur in Aussicht gestellt. Es wurde dafür ein Spendenkonto eingerichtet.

6. Im Ergebnis vor allem des Wirkens von Kräften aus antisozialistischen Sammlungsbewegungen und auch der Fortführung des DDR-weiten Dialogs durch die Partei kam es in der Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989 zu einer weiteren Zunahme der Anzahl und des Umfanges von öffentlichen Demonstrationen in nahezu allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt Berlin. Nach vorliegenden Hinweisen beteiligte sich an den über 130 Demonstrationen ca. eine halbe Million Menschen (Vorwoche: 24 Demonstrationen mit über 140 000 Personen).

Territoriale Schwerpunkte waren die Bezirksstädte Leipzig (150 000), Dresden (3 große Demonstrationen mit insgesamt 74 000 Teilnehmern), Rostock (2 mit je 10 000), Neubrandenburg (15 000) und Berlin (2 bedeutsame Demonstrationen mit insgesamt 17 000 Teilnehmern) sowie die Kreisstädte Plauen (30 000) und Güstrow (12 000).

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Zunehmend finden Demonstrationen auch in Kreis- und anderen Städten mit Teilnehmerzahlen zwischen 50 und mehreren Tausend statt (vor allem in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Gera, Erfurt).

In der Mehrzahl standen die Demonstrationen im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen in Kirchen (erstmalig auch katholischen), aber auch im Zusammenhang mit von gesellschaftlichen Kräften organisierten Dialog-Veranstaltungen. Sie wurden durch Flugblätter, Aus-hänge in Kirchen bzw. durch Flüsterpropaganda bekannt gemacht. Zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen wurden verschiedentlich Gerüchte über das Auftreten der Genossen KRENZ (Leipzig) bzw. MODROW (Dresden) verbreitet.

Die Demonstrationen führten in der Regel durch die Stadtzentren, vorbei an Einrichtungen des Partei- und Staatsapparates und der Schutz- und Sicherheitsorgane. Sie verursachten in mehreren Städten - von Organisatoren der Dresdener Demonstrationen z. B. als Druckmittel beabsichtigt - erhebliche Störungen im Berufs- und städtischen Nahverkehr sowie in der medizinischen u. a. Versorgung der Bevölkerung.

Die Anzahl mitgeführter Losungen und Plakate hat deutlich zugenommen. In ihrer Aussage richteten sie sich - ebenso wie die Sprechhören und verbreitete Flugblätter bzw. Handzettel - gegen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche, besonders jedoch gegen die Partei- und Staatsführung. Immer neue Forderungsfelder werden erschlossen (sofortige Neuwahlen, Abbau der Privilegien), auf angekündigte staatliche Maßnahmen wird sofort reagiert (z. B. "Mit Reisepässen kauft ihr uns nicht").

Am 23. und 24. 10. 1989 bildete die Wahl des Generalsekretärs zum Staatsratsvorsitzenden ein Hauptthema in den Demonstrationen. In Leipzig wurden Unterschriften zur Wahl des LDPD-Vorsitzenden GERLACH gesammelt. In Berlin wurde ein Brief an die Volkskammer zur Aufstellung mehrerer Kandidaten übergeben. Am 24. 10. 1989 und danach kam es zu Protesten gegen die Wahl von Egon KRENZ.

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

1BStU
000164

In den Demonstrationenzügen wurden von Jugendlichen mehrfach Arbeiterfahnen mitgeführt, und es wurde wiederholt die Internationale angestimmt.

Die Anzahl der in Demonstrationen mitgeführten brennenden Kerzen und Fackeln nahm zu. Sie wurden vor Rathäusern, Volkspolizeikreisämtern, Kreisleitungen der SED und Objekten der Sicherheitsorgane abgestellt; in mehreren Fällen, in deutlicher provokatorischer Absicht, unmittelbar vor objektsichernden Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane (Berlin, Rostock) bzw. der Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Halle).

In Einzelfällen kam es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu weiteren Provokationen gegenüber Objekten der Schutz- und Sicherheitsorgane (Werfen von Steinen u. a.).

Die Interessenlage innerhalb der Demonstrationenzüge ist widerspruchsvoll. Beachtenswert sind zunehmende Versuche aggressiv auftretender, zum Teil unter Alkoholeinfluß stehender jugendlicher Personen, sich an die Spitze von Demonstrationenzügen zu stellen, um deren Marschrichtung und Dauer zu beeinflussen und dort die Stimmung anzuheizen.

Wiederholt konnten als Teilnehmer von Demonstrationen Personen identifiziert werden, die sich bereits an anderen nichtgenehmigten Demonstrationen (auch überörtlich) beteiligten, darüber hinaus auch Vorbestrafte und solche Personen, insbesondere Jugendliche, die durch dekadente Verhaltensweisen in Erscheinung treten.

Es wurde offensichtlich, daß derartige Kräfte nicht den sachlichen Dialog suchen, sondern die Konfrontation mit dem Staat und den Schutz- und Sicherheitsorganen. Ausdruck dessen ist auch die Mißachtung von Aufforderungen gesellschaftlicher Kräfte und kirchlicher Vertreter zum sachlichen Gespräch sowie in Einzelfällen die Ankündigung, sich in Erwartung von Polizeieinsätzen mit Schlagwaffen auszurüsten.

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die Organisatoren nichtgenehmigter Demonstrationen - z. T. im Ergebnis staatlicher Einflußnahme - dazu übergehen, eigene Ordnungskräfte einzusetzen.

Im genannten Zeitraum (Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989) fanden ca. 200 politisch geprägte Veranstaltungen in Kirchen bzw. kirchlichen Räumen, darunter auch der katholischen Kirche, mit über 200 000 Teilnehmern statt. Sie dienten erneut dazu, Ziele, Inhalte und Vorgehensweisen antisozialistischer Sammlungsbewegungen zu propagieren; z. T. waren sie profiliert als Gründungs- bzw. Vollversammlungen derartiger Bewegungen. Feststellbar ist ein zunehmend aggressiver werdender Ton in diesen Veranstaltungen und das massive Vortragen von Forderungen an Partei und Staat.

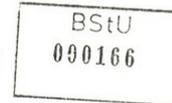
Dazu tragen nach wie vor auch kirchliche Amtsträger bei. Zur Vergrößerung der Massenwirksamkeit werden häufig außerhalb der Kirchen Lautsprecheranlagen installiert, mit denen der Veranstaltungsverlauf original übertragen wird.

Mielke

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

ANLAGE 1 zur Information 485/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



S T A T U T

Auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen der Artikel 29 und 86 der Verfassung der DDR wird eine politische Partei zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bürger zur politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft der DDR gegründet:

§ 1 Name, Sitz und Struktur

1. Die Partei führt den Namen " Demokratischer Aufbruch " und hat ihren Sitz in Berlin. Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf das Gebiet der DDR. Zur Gewährleistung einer arbeitfähigen Struktur werden Orts-, Kreis-, Bezirks- und Jugendgruppen gebildet.
2. Die Partei ermöglicht allen Bürgern in zu bildenden Facharbeitskreisen mitzuarbeiten an, die die Grundsätze der Partei anerkennen, ohne Mitglied dieser zu werden. Die Facharbeitskreise werden von der Ortsebene bis zum Hauptausschuß wirksam.

§ 2 Aufgaben und Ziele

Die Partei "Demokratischer Aufbruch" - sozial, ökologisch vereint Menschen sozialistischer, sozialdemokratischer, religiöser, liberaler und ökologischer Prägung, die an einer demokratischen Umgestaltung in der DDR mitarbeiten möchten und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten.
Die Partei fördert die Mitarbeit aller Bürger an der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der DDR.
Die Arbeitsgrundlage für die Partei bildet die Grundsatzerklärung vom 29.10.1989 und ist für jedes Mitglied verbindlich.
Die Partei wird sich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen auf allen Ebenen beteiligen.
Die Organe und Funktionsträger der Partei werden auf der Grundlage demokratischer Mitbestimmung gewählt bzw. abgewählt.

§ 3 Organe

1. Organe der Partei sind:
 - a) Ortsvorstand/ Mitgliederversammlung
 - b) Kreisvorstand/ Delegiertenversammlung
 - c) Bezirksvorstand/ Delegiertenversammlung
 - d) Parteivorstand
 - e) Hauptausschuß
 - f) Delegiertenvollversammlung
2. Mit Zustimmung der Mitgliederversammlung kann eine überregionale Zusammenarbeit erfolgen.

§ 4 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus der/m Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schatzmeister, dem Pressesprecher dem Geschäftsführer und bis zu 10 weiteren Mitgliedern.
2. Die Vertretung im Rechtsverkehr erfolgt durch den Vorsitzenden und einem zu bestimmenden Stellvertreter. Für den Fall der Verhinderung vertreten der Schatzmeister und der Geschäftsführer.
3. Aufgaben des Vorstandes sind:
 - a) Leitung, Verwaltung und Organisation der Partei
 - b) Ausführung von Beschlüssen der Delegiertenvollversammlung/ Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.
 - c) Einberufung der Delegiertenvollversammlung/ Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.
 - d) Entscheidung über Ausschluß von Mitgliedern.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3756, BL 153-169

Blatt 166

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

ANLAGE 1 zur Information Nr. 485/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit muß erneut abgestimmt werden. Im Falle der erneuten Stimmgleichheit gilt der Beschluß als nicht gefaßt. Die Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder gegeben.

5. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Das Wahlverfahren wird in einer Wahl- und Geschäftsordnung festgelegt.

6. Der Vorstand kann finanzielle und vermögensrechtliche Verpflichtungen für die Vereinigung nur mit Beschränkung auf das Vermögen der Vereinigung eingehen. Seine Vollmacht ist insoweit ausdrücklich begrenzt.

7. Die Bestimmungen des § 4 Abs. 1-6 dieses Statutes gelten für die bestehenden Leitungsorgane der Orts-, Kreis- und Bezirksgruppe.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied der Partei kann jede Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Jugendliche, die noch nicht volljährig sind, müssen eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorlegen.

2. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut anzuerkennen und fördern. Dies geschieht mit der Unterschrift der Bereitschaftserklärung.

3. Das Mitglied hat entsprechend einer von der Delegiertenvollversammlung genehmigten Finanz- und Beitragsordnung den festgesetzten Beitrag zu entrichten.

4. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Ausschluß oder Erlöschen der Rechtsfähigkeit der Partei. Bei Ausscheiden eines Mitgliedes entstehen keine vermögensrechtlichen Ansprüche an die Partei. Die Austrittserklärung muß dem Ortsvorstand schriftlich zugestellt werden und wird mit dem Tag des Zugangs rechtskräftig.

Der Ausschluß eines Mitgliedes darf nur erfolgen, wenn es schwerwiegend gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut verstoßen hat. Der Ortsvorstand darf das Mitglied nur nach erfolgter Anhörung ausschließen.

Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb eines Monats nach dem Vorstandsbeschluß über den Ausschluß Einspruch beim Hauptausschuß einlegen. Der Hauptausschuß entscheidet innerhalb von zwei Monaten entgeltlich.

§ 6 Delegiertenvollversammlung/ Mitgliederversammlung (DV/ MV)

1. Eine ordentliche DV/ MV wird vom Vorstand mindestens zweimal jährlich einberufen. Die Einberufung hat mindestens einen Monat vorher, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich durch den Vorstand zu erfolgen. Die DV/ MV ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.

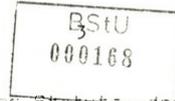
2. Außerordentliche DV/ MV können vom Hauptausschuß einberufen werden, wenn mindestens 1/3 aller Mitglieder der Partei unter Angabe der Gründe dieses verlangt oder der Vorstand zur Sicherung der Rechte der Partei den Antrag stellt. Der Hauptausschuß hat innerhalb von 4 Wochen die außerordentliche DV/ MV, unter Angabe der Gründe, einzuberufen.

3. Aufgaben der DV/ MV:
a) Verabschiedung der politischen Grundsätze und Aufgaben der Partei sowie Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien und Vereinigungen zu treffen.

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

ANLAGE 1 zur Information Nr. 485/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



- b) Annahme, Ergänzung, Änderungen bzw. Aufhebung des Statuts, der Wahl- und Geschäftsordnung, der Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie. Festlegung der Quoten von Jugendlichen, Frauen und Männer für Leitungs-, Funktions- und Wahlaufgaben.
- c) Annahme zur Teilnahme an der Wahl, Bestätigung des Wahlprogramms und der Kandidaten.
- d) Wahl des Hauptausschusses und des Vorstandes.
- e) Entgegennahme der Jahresarbeitsberichte des Vorstandes und des Hauptausschusses.
- f) Entgegennahme des Finanz-, Vermögens- und Beitragsberichtes. Die Berichte bedürfen der Bestätigung der DV/ MV.
- g) Beschlußfassung über die Auflösung der Vereinigung.
- h) Aufhebung von Beschlüssen des Hauptausschusses und des Vorstandes. Abwahl von Mitgliedern des Hauptausschusses und Vorstandes.

4. Die Beschlußfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit außer bei Beschlüssen zu § 6 Abs. 3 Buchstaben a, b, c und g, hier ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.
5. Anliegen von Minderheiten sind angemessen bei Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen.
6. Ergebnisse aus den Facharbeitskreisen werden in die Arbeit der einzelnen Gliederungen der Partei einfließen.
7. Der Hauptausschuß und der Vorstand bilden nach Zustimmung der DV/ MV ständige bzw. zeitweilige Ausschüsse.

§ 7 Hauptausschuß

1. Der Hauptausschuß wird auf der jährlichen DV/ MV, bestehend aus 30 Mitgliedern, für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes gehören dem HA an.
2. Aufgaben des Hauptausschusses
 - a) Erarbeitung der politischen Leitlinie der Partei
 - b) Erarbeitung der Wahlprogramme und Aufstellung der Kandidaten
 - c) Vorbereitungen und Erarbeitungen von Leitlinien für die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und Parteien
 - d) Wahrnehmung der politischen Aufgaben zwischen den stattfindenden DV/ MV
3. Der Hauptausschuß wird durch den Vorstand mindestens viermal jährlich mit einer vorher bekanntgegebenen Tagesordnung eiberufen.
4. Beschlußfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit.

§ 8 Finanzen und Vermögen

1. Die Vereinigung finanziert sich aus den zu entrichtenden Beiträgen der Mitglieder, aus Sach- und Geldspenden, sowie aus dem gebildeten Vermögen.
2. Das Vermögen der Vereinigung ist gemäß § 42 ZGB Gesamteigentum.
3. Für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen und Programmen/ Projekten wird ein Sonderfonds eingerichtet.
4. Für den Fall der Auflösung der Partei wird das vorhandene Vermögen dem Rechtsnachfolger bzw. der Einrichtung übertragen, die auf der Grundlage der DV/ MV festgelegt wurde.
5. Entstehende Wirtschaftseinheiten arbeiten auf der Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung.
6. Zur Kontrolle der Einhaltung der Finanz- und Vermögensbildung beruft der Hauptausschuß zwei Rechnungsprüfer.

Bericht über antisozialistische Sammlungsbewegungen

ANLAGE 1 zur Information Nr. 485/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



§ 9 Protokollierung

Über den Verlauf der DV/ MV, der jeweiligen Vorstands- und Hauptausschußsitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Das angefertigte Protokoll ist vom Geschäftsführer und dem jeweiligen Leiter der Vollversammlung zu unterzeichnen und bei der nächsten Sitzung zur Einsichtnahme auszulegen. Abänderungen bzw. Ergänzungen müssen in der folgenden Sitzung vorgetragen und beschlossen werden.

§ 10 Auflösung der Partei

Die Auflösung der Partei ist durch Beschluß der DV mit 2/3 Mehrheit herbei zu führen.

Vorstehendes Statut wurde am 29.10.1989 in Berlin von der Gründungsversammlung beschlossen.